



Aktenzeichen: 611/Ry

Datum:

Hinweis:

Beratungsfolge: Planungs- und Umweltausschuss

**Verlängerung der Linksabbiegespur in der Industriestraße**

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Dem Vorschlag der Verwaltung wird gem. beigefügten Plan zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt den beigefügten Plan mit der Firma Pfalzgas abzustimmen.
3. Nach erfolgter Abstimmung und Zustimmung der Firma Pfalzgas wird die Verlängerung der Linksabbiegespur, gem. beigefügten Plan, verkehrsrechtlich angeordnet und vollzogen.

**Beratungsergebnis:**

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

**Begründung:**

Aufgrund des Antrages der CDU-Stadtratsfraktion vom 24.11.2021 (DRS XVII/2053) wurde die Verlängerung der Linksabbiegespur in der Industriestraße in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 13.01.2022 beschlossen. Diese Verlängerung sollte im Sommer 2022 umgesetzt werden. Vor Umsetzung wurde die Firma Pfalzgas über die bevorstehende Maßnahme informiert. Per Fax vom 05.07.2022 hat die Firma Pfalzgas Widerspruch gegen die Durchführung der Maßnahme eingelegt.

Am 26.09.2022 um 16.00 Uhr fand daher gemeinsam mit Vertretern des Planungs- und Umweltausschusses und des Stadtrates sowie dem Geschäftsführer der Firma Pfalzgas, Herr Weinzierl, ein Vororttermin bzgl. der beschlossenen Verlängerung der Linksabbiegespur statt. Vor Ort erläuterte Herr Weinzierl seine Bedenken durch die geplante Verlängerung der Linksabbiegespur.

Die vorgetragenen Bedenken wurden von der Verwaltung in einer Kompromisslösung für die Umsetzung des Beschlusses einfließen gelassen. Eine Darstellung dieser möglichen Variante für die Umsetzung ist in der Anlage beigefügt. Dadurch ist weiterhin die rechtskonforme Ein- und Ausfahrt auf das Gelände der Firma Pfalzgas gegeben. Außerdem ist ein Schild „Allgemeine Gefahrenstelle“ (VZ 101) mit dem Zusatz „Zufahrt“ (VZ 1007-62) vorgesehen, welches die Autofahrer auf die Ein- und Ausfahrt hinweist.

Sollte diese Variante Zustimmung im Ausschuss finden, wird die Verwaltung diese Variante der Firma Pfalzgas vorstellen und nach erfolgter Zustimmung die Verlängerung der Linksabbiegespur beauftragen.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich  
Oberbürgermeister

Anlage:

- Plan der Linksabbiegespur